

europaticker:

Menschen im Umkreis der zukünftigen Deponie fühlen sich nicht oder nur unzureichend informiert
Protest gegen Mineralstoffdeponie Profen Nord

Gegen die Mülldeponie-Pläne im Tagebau Profen Nord haben die Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) jetzt Klage eingereicht. Die Umweltschützer befürchten eine hohe Belastung mit giftigem Staub für die Umgebung. Ihre Klage richtet sich nun gegen das Planfeststellungsverfahren, das diese Belange nicht berücksichtigt habe. Die Mitteldeutsche Umwelt- und Entsorgungsgesellschaft will Abfälle aus Kraftwerken sowie Verbrennungs- und Industrieanlagen in der geplanten Deponie einlagern. In der Nähe soll ein Naherholungsgebiet entstehen. Die Mueg ist ein Tochterunternehmen des Kohleunternehmens Mibrag und des Entsorgers Remondis

Der Tagebau Profen ist ein Tagebau der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) und im Landkreis Leipzig (Sachsen). Die Diskussion um die Deponie entzündet sich vor allem an der Tatsache, was dort einlagern werden soll. Die Rede ist von Abfällen aus Kraftwerks- und Verbrennungsanlagen, Abfällen aus der Eisen- und Stahlindustrie, Bitumengemische, Kohlenteer und auch asbesthaltige Baustoffabfälle.

Zur Stadtratssitzung am 19.10.2016 wurde durch den Stadtrat Pegau die Ablehnung der Mineralstoffdeponie Profen Nord erneut zum Ausdruck gebracht. Diese soll ca. 2 km westlich von Werben und ca. 2,5 km südlich von Großgörschen entstehen, 37,5 ha groß, 50 m hoch und 30 Jahre betrieben werden. Zusätzlich zum vorhandenen Tagebau werden noch mehr Staub, Lärm und stündliche Fahrzeugtransporte durch die angrenzenden Ortschaften Belastungen für die Menschen mit sich bringen. Es stellt sich außerdem die Frage der Standsicherheit. Die Deponie ist für 7,5 Mio. Tonnen Mineralstoffe ausgelegt und wird auf einem Kippengelände unmittelbar neben dem ab 2035 entstehenden Domsener See errichtet.

Die Stadträte haben in ihrer Sitzung die entsprechenden Vereinbarungen zwischen der Stadt Pegau und den Landesverbänden des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Sachsen-Anhalt und Sachsen einstimmig beschlossen. Die beiden Landesverbände des BUND haben jeweils Klage gegen die Errichtung der Deponie eingereicht. Derzeit werden die Akten gesichtet und die Klagebegründung verfasst. Da beide Landesverbände des BUND keine finanziellen Mittel zur Durchführung des Klageverfahrens haben, erfolgt die Finanzierung durch die Stadt Pegau. Diese hat die Genehmigung der Deponie völlig unvorbereitet getroffen. Es wurden keine finanziellen Mittel für einen Rechtsstreit angesammelt und im Haushalt eingestellt.

erschienen am: 2017-03-06 im europaticker